

Annoucen-Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei G. H. Meier & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Ch. Spindler, in Grätz bei F. Streifand, in L. eferich bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung. Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Danne & Co., Taubenstr. 14, Rudolph Hofe. In Berlin, Dresden, Götting beim „Invalidendank“.

Nr. 29.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 13. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 12. Januar. Der König hat gerubt: den bisherigen chirurgischen Assessor Dr. med. Max Hirsch zu Magdeburg zum Medizinalrath und Mitglied des Medizinal-Kollegiums der Provinz Sachsen zu ernennen; sowie dem praktischen Arzt Dr. Seeborn zu Münden am Kreise Göttinge, und dem Kreiswundarzt Dr. med. Theodor v. Mengershausen zu Celle den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen. Der praktische Arzt Dr. Ritsche ist mit Belassung seines Wohnsitzes in Alleben zum Kreis-Wundarzt des Mansfelder Seekreises ernannt worden. Dem Realschul-Direktor Dr. Gustav Moritz Hermann an der königlichen Realschule zu Rawitsch ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

Vom Pandlage.

34. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 12. Januar, 11 Uhr Vorm. Am Ministertisch v. Puttkamer, Bitter, Graf zu Eulenburg und Kommissarien. Von dem Kultusminister ist eine Denkschrift, betr. den Lehrermangel, eingegangen.

Finanzminister Bitter: Ich habe die Ehre, dem hohen Hause mit allerhöchster Ermächtigung den Nachtragsetat vorzulegen, welcher die Mittel erbittet zunächst zum Bau des Schiffahrtskanals zur Verbesserung der Wasserstraßen Lebend- und Liebenwalde die erste Rate mit 500,000 Mark. Die Aufklärungen, die in der Kommission werden gegeben werden, werden unweifelhaft dahin führen, daß Sie alle die große Dringlichkeit dieser Forderung anerkennen werden. Eine zweite Stelle in diesem Nachtragsetat nimmt die Kanalisierung des Rheins von Frankfurt bis zum Rhein ein. Die Frage interessiert Preußen, speziell die Stadt Frankfurt, wie kaum eine andere. Von den 4 1/2 Mill. Mark betragenden Kosten wird die erste Rate 800,000 M. betragen. Die Vorlegung dieses Etats hat sich verzögert, weil Verhandlungen mit der Stadt Frankfurt vorausgehen mußten, um dieser Stadt wegen Übernahme des Hafenaufbaues bestimmtere Verpflichtungen aufzuerlegen als sie bisher übernommen hatte, und weil Schwierigkeiten mit den Main-Verstaaten zuvor beseitigt werden mußten.

Das Haus tritt in seine Tagesordnung, die erste Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung des durch Ueberschwemmung und Mangel herbeigeführten Nothstandes in Oberschlesien. Es melden sich 12 Redner zum Wort.

Der Herr Minister im Innern zweifelt nicht, daß unser neuer Wirtschaftspolitik. Dauernde Abhilfe wird in den Kreisen mit schlechtem Boden nur durch die vom Finanzminister verheißenen Meliorationen geschafft werden. Bei der Verschaffung von Lebensmitteln ausgefesselt Summe ist ein zu geringer Satz, 20 Pfennige pro Kopf, zu Grunde gelegt. Bei der Verteilung der Unterstützungen ist ein Zusammenwirken der Behörden mit den schon bestehenden lokalen Komitès durchaus nötig und auch meist zu Stande gekommen. In einigen Kreisen haben aber leider die Landräthe die katholischen Geistlichen von der Theilnahme an den Nothstandskomitès ganz ausgeschlossen. Ich hoffe, daß der Regierungspräsident von Oppeln hier Remedur schaffen wird. Die Rückzahlung der gewährten Beträge für Viehfutter sollte gar nicht und auch die der anderen Unterstützungen nur in den Flußthälern mit gutem Boden verlangt werden. Wo Arbeitsfähigkeit vorhanden ist, darf die Unterstützung nicht in Geld, sondern nur in Arbeitsgelegenheit bestehen. Die verbreiteten Behauptungen über die Arbeitscheu der dortigen Bevölkerung sind durchaus unrichtig; es findet ein großer Zubrang zur Arbeit statt, der aber leider in mehreren Kreisen nicht befriedigt werden konnte. Die milde Witterung wird hoffentlich die Landräthe dieser Kreise zu rascherem Vorgehen mit den öffentlichen Arbeiten antreiben. Auch dürfen diese Leute nicht, wie es in einem Falle vorgekommen, einem einseitigen Privatunternehmer in Afford gegeben werden, der den ganzen Vortheil in seine Tasche steckt. Der Typhus ist bei der kalten Witterung nur vereinzelt aufgetreten; mit dem Umschlag zur wärmeren Witterung wird er aber wahrscheinlich epidemisch werden. Es sind für diesen Fall schon alle möglichen Vorkehrungen getroffen, nur ist die Frage nach Krankenpflegern noch ungelöst. Der Vorsitzende des Maltheuservereins hat den Oberpräsidenten deshalb gebeten, daß der Vermehrung der Krankenpflegerkräfte kein Hindernis in den Weg gelegt werde, bis jetzt aber keine Antwort erhalten. Man hat die Vermehrung der Schwestern bisher auf alle Weise verhindert, die vorhandenen sind durch Anstrengung im Dienst dezimirt. Das ist die Folge des Kulturkampfes, dem die Selbstauspöferung für die Menschheit um Gotteswillen da weis, was es für einen katholischen Christen heißt, ohne die Sakramente zu sterben, klopft an die Thür des Ministeriums und verlangt, daß Friede gemacht werde mit Millionen treuer Untertanen. In der Schulfrage ist zu beachten, daß die geringen Fortschritte der Kinder durch die gänzliche Verbannung der polnischen Sprache aus der Schule verschuldet sind und daß nirgends die Schule so in Gegensatz zur Geistlichkeit gebracht ist, wie in Oberschlesien. Der wirtschaftliche Nothstand liegt hauptsächlich am Wucher. (Nedner schildert ausführlich die Manipulationen, mittelst deren die Wucherer Grundstücke in ihren Besitz bringen.) Die Organe der Regierung haben bisher ihre Schuldigkeit hier nicht getan; möge es dem Finanzminister gelingen, endlich im Meide Schritte gegen die Wucherfreiheit zu erzielen, wie wir im Zentrum sie immer verlangt haben. Die Schaffung neuer Kreditinstitute für Oberschlesien wird zu kostspielig sein; der Staat soll statt dessen im Anschluß an die Landwirtschaft für eine höhere Beleihung, als die Landwirtschaft gewöhnlich gewährt, die Garantie übernehmen. Die durch die Agrargesetzgebung der letzten 50 Jahre eingeführte Theilbarkeit der Grundstücke und Veränderung der Naturalabgaben in Renten, ferner der durch Schulbauten und Erhöhung der Lehrergehälter erhöhte Druck der Kommunalsteuern haben den kleinen Grundbesitz sehr geschwächt. Die großen Grundbesitzer halten es leider auch für ihre Aufgabe, die kleinen Bauernbesitzungen auszulauern. Die Regierung sollte die Idee, eine Erbpacht wieder einzuführen, nicht ganz von der Hand weisen. Die Eisenbahnlinie Gleiwitz-Rybnik muß nach dem Wunsche der Interessenten bis an die Landesgrenze fortgeführt werden; das wird große Kohlenströme erschließen und den Ertrag des Grundbesitzes sowie die bisher sehr geringen Arbeitslöhne steigern. In den kleinen Landstädten endlich ist

für Hebung des durch den Nothstand verloren gegangenen Credits der kleinen Handwerker zu sorgen.

Finanzminister Bitter: Die Staatsregierung hat den Plan, ihre Einwirkung auf die Zustände in den Nothstandskreisen auf das platte Land beschränken zu wollen, niemals weder ausgesprochen, noch beabsichtigt. Alle Maßregeln werden für Stadt und Land gleichmäßig sorgen. In der Eisenbahnfrage wird eine wohlwollende Erörterung aller lokalen Bedürfnisse stattfinden und Alles geschehen, um die Kreise dem großen Verkehr anzuschließen. In Bezug auf die Frage, ob das Viehfutter nur als Darlehen oder ohne Verpflichtung zur Rückzahlung gegeben werden soll, werden von Seiten der Staatsregierung keine Schwierigkeiten gemacht werden. Es wird unter allen Umständen darauf gehalten werden, die Grundbesitzer in einen dauernd prästationsfähigen und guten Zustand zu versetzen und darin zu erhalten. Wenn an einigen Stellen von Seiten der Verwaltungsbehörden abgelehnt worden ist, die Geistlichen an der Verteilung der Unterstützungen zu betheiligen, so kann und muß ich von meiner Seite bemerken, daß dies meinen Ansichten nicht entspricht (Beifall), daß ich gewünscht hätte, daß die Behörden sich der persönlichen Richtung bewußt gewesen wären, die nicht nur bei uns herrscht, sondern auch gerade in dieser Vorlage hat ihren Ausdruck finden sollen.

Kultusminister v. Puttkamer: Was die Sanitätsverhältnisse angeht, so wage ich nicht, dem Vorredner, der sie aus eigener Anschauung kennt und ihre Verschlechterung durch den Witterungsumschlag befürchtet, entgegenzutreten; aber als tröstlich kann ich wenigstens das Eine anführen, daß bis zu diesem Augenblick keine irgend wie bedrohliche Erscheinung sich gezeigt hat und daß mit Gottes Hilfe diese Seite der Noth milde vorübergehen wird. Zum Ruhme des Landes theils muß ich sagen, daß er mit Krankenanstalten, wie kein anderer der preussischen Monarchie, ausgestattet ist. Die Organe der katholischen Kirche und die ihnen affiliirten Vereine, die Generekschaften, die großen Industriellen und Grundbesitzer haben gewetteifert, solche Anstalten zu errichten. Wenn die Sanitätsverhältnisse sich verschlimmern sollten, stehen die Tausende von Betten dieser Anstalten bereit. Zu denselben gehört auch des Julius-Hospital des Johanner-Maltheuser-Ordens in Rybnik, nicht die umfangreichste, aber die am besten eingerichtete Anstalt, wie ich aus eigener Anschauung weiß. Der Vorsteher des Ordens, Graf Praszma, hat dem Oberpräsidenten von Schlesien gegenüber die Besorgnis ausgesprochen, daß die Gesetzgebung dem von ihm patronisirten Institut die Möglichkeit entziehe oder doch beschränke, das nötige Personal herbeizuschaffen. Der Oberpräsident hat dem Minister des Innern und mir die Frage vorgelegt und wir haben durch Reskript vom 31. Dezember v. J. in dem Sinne antworten können, daß eine humane, der Sachlage angemessene Handhabung der bestehenden Gesetzgebung jede Schwierigkeit wird beseitigen können. Es handelt sich um die Verstärkung des Personals durch Verlesung aus anderen Provinzen, Niederlassungen in die bedrohten Distrikte. In dieser Verlesung bedarf es keiner staatlichen Genehmigung, sondern nur einer nachträglichen Anzeige und ich kann aus eigener Erfahrung versichern, daß gerade in Oberschlesien die betreffenden Orden und Kongregationen sich dieser nicht schweren Pflicht stets bereitwillig unterworfen haben. Die Pflegeschwestern werden auf dem kürzesten Wege bis auf denjenigen Bestand verstärkt werden, welcher dem Bedürfnisse entspricht. Wenn zu diesem Zwecke die Erlaubnis zur Gründung einer neuen Ordens-Niederlassung nachgesucht werden sollte, so müßte dazu allerdings die Genehmigung nach dem Gesetze versagt werden. Aber wenn es sich darum handelt, für vorübergehende Nothstände, für funguläre Zwecke eine ambulante Krankenpflege zu etabliren, so wird einem darauf gerichteten Antrag staatlicherseits irgend ein Hindernis nicht entgegengestellt werden. Vom Standpunkte meines Ressorts sind zur Aufrechterhaltung guter Gesundheitsverhältnisse einige Maßregeln getroffen; ich will nur an die Einrichtung der Volksschulische erinnern. In hohem Grade traurig ist die durch die Erledigung vieler geistlichen Stellen erschwerte Seelsorge. Wenn sollte nicht das Herz bluten, wenn er sich fragen müßte, daß bei ausbrechenden Epidemien eine ganze Bevölkerung der Segnungen der Kirche beraubt ist? In Oberschlesien sind allerdings viele Pfarren aus den bekannten Gründen unbesetzt, aber gerade in Oberschlesien hat die Aushilfe durch die benachbarten Geistlichen in großem Umfange stattfinden können. Die Praxis der Staatsanwälte und der Gerichte ist dort eine milde gewesen und ich kann nichts weiter in Aussicht stellen, als was die Humanität der Behörden bisher schon geleistet hat. Es wird dann über die Etablirung neuer Schulsysteme geklagt, namentlich aber darüber, daß von Seiten der Bezirksbehörden besonders bei Schulbauten ohne Rücksicht auf die Finanzen der Gemeinden vorgegangen sei. In der Allgemeinheit kann ich diesen Vorwurf nicht gelten lassen. In dem Berichte, den ich an Se. Majestät den Kaiser erstattete, um Gnadenbewilligungen aus dem Dispositionsfonds für Schulzwecke zu extrahiren, ist der Regierungsbezirk Oppeln weit über das Verhältnis seiner Bevölkerungszahl und seiner geographischen Größe bedacht worden. Ich habe ferner die Fonds zur Unterstützung emeritirter Lehrer und der Hinterbliebenen verstorbenen Lehrer sofort bedeutend erhöht und die Behörden ermächtigt, im Nothfalle davon ausgiebigen Gebrauch zu machen. Ich hoffe, das Haus wird daraus die Ueberzeugung entnehmen, daß es an gutem Willen von meiner Seite nicht fehlt, alles dasjenige zu thun, was dem Nothstande abhelfen kann. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Schellwiz bemerkt, daß er sich nur deshalb gegen den Entwurf habe einschreiben lassen, weil er mit der Begründung desselben in manchen Punkten nicht einverstanden sei. Zunächst müsse er sich aber mit einigen Bemerkungen des Vorredners v. Puene beschäftigen. Was derselbe über „Schnaps“ und „Wucher“ gesagt, sei richtig. Unrichtig sei aber, daß der Wucher erst nach den sogenannten Wuchergesetzen hervorgetreten, es seien vielmehr die traurigen Folgen des Wuchers vor diesen Gesetzen ganz in demselben, ja in höherem Maße als nachher vorhanden gewesen. Nicht einverstanden sei er mit den Ausführungen des Vorredners über die polnische Sprache; im Gegentheil sei hierin mit ein Grund zu finden, weshalb die Bevölkerung in den Nothstandskreisen in Bildung und Intelligenz zum Theil zurückgeblieben. Es liege das in der Natur der Sache, weil ihre Sprache eine von der hochpolnischen verschiedene und hierdurch die Bevölkerung in eine vollständige Isolirung gekommen sei. Was die Gemeinheitsheilungen anlangt, so habe er sich gerade wegen dieses Punktes zum Wort gemeldet. Der Herr Finanzminister habe nämlich in der vorigen Sitzung geäußert: „daß in den Kreisen Rybnik, Pleß, Gleiwitz die Zusammenlegungen noch kaum verübt seien und daß diejenigen Theile dieser Kreise, welche separat, ein Minimum gegenüber der noch zu separirenden Fläche ausmachten.“ Eine Zusammenlegung sei nur auf Grund eines gehörig motivirten Antrags zulässig, in der Regel gehöre hierzu

die Zustimmung der Majorität nach Fläche und Reinertrag des Grundbesitzes und eine solche Majorität sei bei einer noch wenig vorgeschrittenen Bevölkerung schwer zusammenzubringen. Aber auch abgesehen hiervon, sei die noch nicht separirte Fläche keineswegs identisch mit der „noch zu separirenden“. Denn in einem großen Theile der hier in Rede stehenden Kreise existirten viele Feldmarken, in denen durch eine Zusammenlegung keine wesentliche Verbesserung herbeigeführt werden könne, weil schon gegenwärtig jeder bäuerliche Wirth nur ein Grundstück besitze, welches sich von seinem Hof aus bis an die Grenze der Feldmark erstrecke. Uebrigens müsse man sich überhaupt nicht der Illusion hingeben, daß durch Zusammenlegungen allein eine Verbesserung der Zustände in den Nothstandskreisen herbeigeführt werden könne; es müsse vielmehr Fleiß und Intelligenz der Grundbesitzer hinzutreten. Er habe nun ferner aus den Zeitungen ersehen, daß bei der Konferenz, welche in Oppeln zwischen den Ressortministern und betreffenden Behörden stattgefunden, große Klage über die Höhe der Separationskosten geführt worden. Wenn die Zeitungen richtig referirten, so müsse er hiergegen bemerken, daß diese Klage wohl früher begründet gewesen sein möge, daß sie aber nach Erlass des Gesetzes über das Kostenwesen in Auseinanderlegungsstücken vom 21. Juni 1875 völlig unbegründet sei und daß im Gegentheil jetzt seitens der Ministerien schon Bedenken darüber erhoben werden, daß diese Kosten jetzt zu niedrig bemessen seien. Unter den verschiedenen falschen Gründen, die für die Zustände in Oberschlesien angegeben worden, sei ihm der in einem Bericht, melden die „Nordd. Allg. Zeitung“ gebracht, daß nämlich auch „die Gesetzgebung von 1849, welche die Theilbarkeit des bis dahin geschlossenen bäuerlichen Grundbesitzes gestattete“, hieran mit Schuld trage, — besonders aufgefallen, da bekanntlich diese Theilbarkeit schon durch die Gesetzgebung von 1807 und 1817 eingeführt worden. Wenn übrigens als Grund des Nothstandes auch die schlechte Bodenbeschaffenheit der betroffenen Kreise mit angeführt werde, so sei das nicht richtig. Auch in den Regierungsbezirken Breslau und Liegnitz befänden sich Kreise, die mit den Nothstandskreisen bezüglich der Bodenbeschaffenheit auf gleicher Stufe resp. noch geringer seien. Auf eine baldige Aenderung der Zustände in den eigentlichen Nothstandskreisen solle man sich keine Hoffnung machen. Bevor nicht durch eine sorgfältige Erziehung ein höherer Grad von Bildung und Intelligenz herbeigeführt worden, werde vollständige Abhilfe nicht geschaffen werden. Ein großes Bedenken liege in der Schwierigkeit richtiger Verteilung der Unterstützungen. Unterstützung über das nothwendige Bedürfnis hinaus würde dort großes Verderben sein. (Sehr richtig!)

Abg. Dr. v. Stablewski: Vom Ministertische sind heute Worte gefallen, wie wir sie im Hause lange nicht gehört haben. Gleichwohl sollen neue Niederlassungen unserer Krankenpflegerorden nicht gestattet werden; es besteht also ein Gesetz, welches verbietet, den Sterbenden Hilfe zu bringen. Für die in Aussicht gestellten Erleichterungen für die geistlichen Krankenpfleger sind wir dem Minister sehr dankbar, ebenso für seine Zusicherung einer milden Handhabung der bestehenden Gesetze. Früher freilich war es anders; ich erinnere nur an den Fall, wo ein von unserem Erzbischof v. Ledochowski zur Aushilfe während einer Choleraepidemie gesandter Priester vom Staatsanwalt unter Anklage gestellt und verurtheilt wurde. Wir freuen uns, daß die Pögerung zu der Erkenntnis gekommen ist, daß auch Preußen sein Irland hat. Die Frage des Nothstandes in Oberschlesien ist eine Frage des Pauperismus und nicht mit Palliativmitteln zu lösen. Mit der Vorlage im Allgemeinen sind wir einverstanden, nehmen aber an einzelnen Punkten Anstoß. Namentlich befürchten wir, es möchte bei der Wiedereinziehung der staatlichen Darlehen sich das Verfahren von 1847 wiederholen, wo die rückstandslos geforderte Rückzahlung mehrfach Substationen im Gefolge hatte. Wie, will man überhaupt über ein Volk absprechen, das man nicht kennt dessen Sprache man nicht mächtig ist? Giebt es doch verschiedene Ihnen wohlbekannte ober-schlesische Namen, deren Träger sich aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln so emporgearbeitet haben, daß der deutsche Adel es nicht unter seiner Würde fand, sich seine Wappen mit ihrem Golde vergolden zu lassen. Einer der Hauptgründe des Nothstandes sind die ober-schlesischen Latifundien, von denen einzelne, wie der gräflich Menard'sche Besitz, von der österreichischen bis zur russischen Grenze sich hinziehen, ferner der Mangel eines begüterten Bauernstandes. Der ober-schlesische Bauer ist schlimmer daran als der irische; der letztere schlachtet wenigstens alljährlich ein Schwein, die Nahrung des ober-schlesischen aber besteht fast nur aus Kraut und Kartoffeln mit etwas ranzigem Fett. Die Oberamtänner an der Spitze der großen Besitzungen stehen der Bevölkerung nach Abstammung, Sprache und Interessen meist fremd gegenüber und betrachten das Gut lediglich als ökonomisches Objekt; die Verwalter bereichern sich an den Tantiemen, und der Drescher kommt auf zum 30—40 Pfennige per Tag. Die Verhältnisse des ober-schlesischen Bauers sind so traurig und desperat, daß selbst das Leben der Ager unter den Sklavenhaltern ein besseres war. (Oho! rechts.) Der Abg. Schellwiz sagte, Wucher und Schnaps seien an dem Nothstande hauptsächlich schuld; das ist richtig, aber ebenso richtig, daß beides in den Händen der Juden liegt. Man hat uns Verbesserung der Schulverhältnisse in Aussicht gestellt; ich hoffe, daß sich hier nicht das trostlose Experiment wiederholt, daß die Kinder in einer ihnen unverständlichen Sprache unterrichtet werden. Die meisten Analphabeten sind Waisen, die überhaupt keine Schule besucht haben, weil sie schon mit 8 oder 9 Jahren in Dienst geschickt wurden, oder es fehlte an den Mitteln zur Bekleidung oder Anschaffung der Bücher, und dadurch wurde der Schulbesuch unmöglich.

Abg. v. Meyner (Ansbach): Auch ich will mich zu wenig wie der Abg. Schellwiz gegen die Nothstandsgeföhle im Allgemeinen aussprechen, obgleich ja sie auch vielleicht etwas an Uebertreibung leiden. Ich wende mich eigentlich nur gegen eine spezielle Bestimmung des Gesetzes, das ist die des § 3, worin den Kreisauschüssen der sechs betreffenden Kreise eine sehr weit gehende Vollmacht gegeben wird. Also das Geld vertheilen die Kreisauschüsse nach den Instruktionen, die ihnen die Minister geben werden; dann aber heißt es weiter: „Die Kreisauschüsse beschließen selbstständig darüber, ob die Empfänger eintretenden Falls wegen Leistungsunfähigkeit von der Erlassung zu entbinden sind.“ Haben sie keine Instruktionen von den Ministern zu erwarten, da sind sie ganz souverän. Das ist das erste Mal, daß eine Behörde, wie der Kreisauschuss, eine solche Vollmacht erhält, über Staatsgut zu disponiren. Ich halte das prinzipiell und praktisch für im hohen Grade bedenklich. Es wird ein förmliches Nennen entstehen unter den sechs Kreisauschüssen, wer das Meiste erläßt. Ich muß sagen: wenn mir als Vorsitzenden eines solchen Kreisauschusses eine so unbedingte Vollmacht gegeben würde, würde mir der Anglisthweiß ausbrechen. (Seiterkeit.) Ich empfehle der Budgetkommission, darüber

nachzudenken, wer zweckmäßigerweise die Kontrolle darüber zu führen habe.

Abg. Birchow: Die Behandlung dieser Angelegenheit ist hier nicht überall mit der Ruhe und Unbefangenheit geführt worden, welche erforderlich ist, um den Ursachen des Nothstandes entgegenzutreten. Man hat über das Bedürfnis hinaus Polonismus und Kulturkampf hineingetragen. Meine Ausführungen beruhen auf alten Erinnerungen und man hat mir geschrieben, daß es in Oberschlesien jetzt genau noch so ist als zu der Zeit, wo ich meine kleine Monographie darüber schrieb. Das gilt zunächst von der Wucherfrage, die der Abg. v. Suene mit dem Nothstand in Verbindung gebracht hat. Natürlich, denn die Ultramontanen wollen ja durch Wiedereinführung der Wuchergesetze helfen. Aber ein Kommissionsbericht dieses Hauses vom Jahre 1851, also zur Zeit, als die Wuchergesetze noch bestanden, konstatiert für Oberschlesien noch denselben Mißstand, den man heute beklagt. Der Finanzminister hat gegen den Wucher verschiedene dunkle Drohungen ausgesprochen. Er sagte, wie er denselben beseitigen wolle, darüber enthalte er sich billig jeder Bemerkung. Billig war das allerdings (Geisterheit), aber es wäre besser gewesen, uns von seinen Intentionen in Kenntniß zu setzen. Es muß den bisherigen Regierungen jedenfalls der Vorwurf gemacht werden, daß sie diesen Landstrich vernachlässigt haben, denn schon 1847/48 wurden die Befürchtungen dort ausgesprochen, daß die Nothstände sich dort wiederholen würden. Der Kulturkampf hat allerdings dort manches Unerfreuliche geschaffen. Ich freue mich nicht über die staatskatholischen Pfarrer, die man den Leuten bis an das Sterbette zur Darreichung der Sakramente aufzwängt und ich wünsche, daß hierin Abhilfe geschehe. (Abg. Windthorst: Wollen Sie es nicht beantragen?) Ich habe die Maßregel nicht beantragt, sondern überlasse die Aufhebung der Initiative der Staatsregierung, welche die Sache besser überseht. Ich werde aber meine Stimme für die Aufhebung geben (Beifall im Centrum), ich thue das ja schon jetzt. Das sind aber untergeordnete Momente (Widerspruch im Centrum), natürlich, wir wollen zunächst nicht, daß die Leute sterben, sondern daß sie leben, es handelt sich jetzt weniger um Sterbesakramente, als um Lebensmittel. (Geisterheit.) Auf die Weiterverbreitung des Typhus wird sich die Regierung wenigstens theoretisch vorbereiten müssen, obwohl wir dieselbe nicht mit derjenigen Gewissheit voraussetzen können, wie es der Abgeordnete von Suene that. Nach § 2 des Ordensgesetzes haben die Minister des Innern und des Kultus die Befugniß, den sich mit Krankenpflege lediglich besaffenden Orden die Aufnahme neuer Mitglieder zu gestatten. (Lebhafter Widerspruch im Centrum.) Ich würde es nicht den Intentionen des Gesetzes für entsprechend erachten, wenn man die Aufnahme eines jeden einzelnen Mitgliedes von der Genehmigung der Minister und dem Wohlwollen einer Reihe von Zwischeninstanzen abhängig machte. Vielmehr wünsche ich namentlich in Rücksicht auf die ober-schlesischen Verhältnisse, daß einzelnen Orden vielleicht innerhalb einer beschränkten Zahl die generelle Erlaubniß zur Aufnahme neuer Mitglieder gegeben werde, obwohl die Orden für Krankenpflege in manchen anderen Ländern sich etwas der Propaganda dienlich erwiesen haben, so kann man diesen Vorwurf gegen sie in Preußen nicht erheben. Es giebt doch aber auch noch andere Krankenpfleger, als katholische, und es liegt nicht in den sanitätspolizeilichen Verpflichtungen der Regierung, jedem Kranken einen Pfleger seiner Konfession zu bestellen. Daß die Lebensmittel in den Formen der öffentlichen Armenpflege und von den Organen derselben, den öffentlichen Armenverbänden, theilhaft werden sollen, halte ich für keinen glücklichen Gedanken. Dieselben sind zu sehr gewohnt, sich in harten und nothwendig engen Grenzen zu bewegen. Viel besser werden dazu die Frauervereine und die aus einer Verbindung von offiziellen Organen mit Privatleuten hervorgegangenen Nothstandskomitees geeignet sein. Die Hauptaufgabe der Regierung wird sein müssen, die Wiederkehr ähnlicher Zustände in Oberschlesien zu verhindern. Ich behaupte noch immer, daß die Hauptursache derselben nicht in der angeborenen, der dortigen Race eigenthümlichen, wohl aber in einer durch mangelhafte Erziehung ihr eigenen Indolenz liegt. Im Jahre 1851 klagte ein anderer Abg. v. Stabrowski als der heutige, über die mangelnde Fürsorge der Regierung für die dortigen Schulen. Dieser Mißstand ist allerdings in letzter Zeit sehr gemildert worden, aber immerhin fehlen dort nach der „Schlesischen Schulzeitung“ noch jetzt 350 Lehrer; also sind, wenn man nach dortigen Verhältnissen auf einen Lehrer 30 Kinder rechnet, 28,000 Kinder ohne allen Unterricht. In der Beseitigung dieses Mißstandes müssen wir das Ministerium unterstützen. Derselbe kommt daher, daß nach der jetzigen Kreisordnung nicht präparationsfähigen Gemeinden die Schullasten aufgebürdet sind und daß man die von uns angestrebte Bildung präparationsfähiger Gesamtgemeinden für diesen Zweck versäumt hat. Das ist lediglich zum Nutzen der Großgrundbesitzer ausgefallen, die von den Schullasten der Gemeinden befreit sind, während ihre Leute die Vortheile der Schulen genießen. Eine Petition aus dem Jahre 1878 führt dies namentlich für die Besitzungen des Fürsten von Pleß aus. In dieser materiellen Zeit ist der Egoismus in diesen Kreisen ebenso groß, wie der der schnapsliebenden Juden. Treffen wir hier nicht eine Aenderung unserer Kreisordnung, zu welcher ja sonst unsere jetzigen Minister so gern bereit sind, so kann leicht unser Schuletat furchtbar anschwellen. Wir können doch aber nicht zur Entlastung von einzelnen Grafen und Fürsten den verderblichen Weg der Anleihen weiter gehen. Ich habe die gewaltthätige Germanisirung jener Gegenden schon 1848 bekämpft und nachgewiesen, daß deutsche Lehrer dort eher polnisch lernen, als die polnischen Kinder deutsch. Der Elementarunterricht muß dort, um zum Verstande und Herzen des Kindes zu dringen, in der polnischen Muttersprache erteilt werden, jedoch darf es nicht die Schule verlassen, ohne deutsch gelernt zu haben. Die außerordentliche Fruchtbarkeit der dortigen Bevölkerung, die fast über die Gebühr hinausgeht (Geisterheit), schafft ein solches Angebot von Arbeitskräften, daß bei fast gleichen Lebensmittelpreisen wie in anderen Landestheilen dort die Löhne unverhältnismäßig herabgedrückt werden, so daß sie an manchen Orten und in manchen Jahreszeiten auf 20 Pfg. pro Tag sinken. Zur Hebung der Löhne wird auch die neue Zollpolitik bei dieser Dichtigkeit der Bevölkerung nichts helfen. Selbst wenn in Folge derselben das ober-schlesische Eisen etwas theurer wird, wird die Großmuth der ober-schlesischen Grubenbesitzer bei der Konkurrenz des Arbeitsangebots nicht die Löhne erhöhen. Die Regierung wird sogar die Frage erörtern müssen, ob nicht die königlichen Werke mit einer spontanen Lohnerhöhung vorangehen müssen. (Rufe rechts: Schon geschehen!) Eine Besserung dieser Verhältnisse ist nur von einer Beförderung der Auswanderung zu erwarten. Dazu ist aber die deutsche Sprache absolut nothwendig. Es muß gegen den katholischen Klerus in Oberschlesien der Vorwurf erhoben werden, daß er seinen früheren fast souveränen Einfluß auf die dortige Schule nicht genügend dazu angewendet hat, das Volk geistig zu wecken. (Abg. Dr. Franz: Das hat er gethan; ich werde es Ihnen nachweisen!) Dann werde ich Ihnen durch Redner Ihrer eigenen Partei nachweisen, daß er es nicht gethan hat. Der Finanzminister hat die Nachregulirung nicht berücksichtigt, trotzdem die Ueberschwemmung den Nothstand meist mitverursacht hat und diese Gefahr in den letzten Wochen wieder gedroht hat. Man versteht nur bei uns unter Stromregulirung nur Schiffbarmachung und betrachtet diese in dortiger Gegend für abgeschlossen. Für die Schiffahrt kann aber manches günstig sein, was für das Land ungünstig ist und man muß erwägen, welches Interesse die Berücksichtigung mehr verdient. Ja, ich glaube, daß die Regierung aus demselben Grunde mit Oesterreich in internationale Verhandlungen wegen Regulirung der oberen Weichsel eintreten muß. Der Eisenbahnbau ist für die dortigen Gegenden gewiß nothwendig, die von dem Finanzminister vorgeschlagenen Linien berühren die Nothstandsbezirke nur theilweise, denn nach statistischen Belegen beschränkt sich der eigentliche Nothstand auf die Kreise Hybnit und Pleß und deren nächste Umgebung. Die vorgeschlagene Linie Oppeln-Neiße mit ihrer Zweigbahn Czekau-Grottkau ist eine alte Seeflange. Drei Grafen hatten einmal die Koncession und bauten ein Planum, dann ging ihnen trotz

großer Wälder, Besitzungen und industrieller Etablissements der nervus rerum aus. Hierdurch scheint der Minister auf den Gedanken gebracht zu sein, daß diese Bahn mit dem ober-schlesischen Nothstand zusammenhänge. Dieser private Nothstand ist aber kein öffentlicher, der Staats-hilfe erfordert. Auch die Linie Kreuzburg-Tarnowitz berührt die eigentlichen Nothstandsbezirke nicht. Viel empfehlenswerther scheint mir, obwohl ich noch nicht abschließend urtheilen will, eine Linie Hybnit-Los-lau-Annaburg zu sein, die die direkten Nothstandsbezirke mit Oesterreich und Rußland verbindet und durch die Aufschließung großer Kohlen- und Schwefelwerke der dortigen Bevölkerung ein weites Arbeitsfeld zu schaffen geeignet ist. Namentlich scheint mir das landwirthschaftliche Ministerium dort nicht die geeigneten Organe zu haben, und sich zu sehr auf die landwirthschaftlichen Vereine zu verlassen. Wäre es rechtzeitig von der dortigen Kartoffelvereine unterrichtet gewesen, dann hätte früher entweder die Kartoffelfuhr dorthin veranlaßt oder die Kartoffelausfuhr von dort beschränkt werden müssen. Dem vereinigten Bemühen muß es gelingen, den Bewohnern eines sonst von der Natur mannigfach begünstigten Landstriches günstigere Verhältnisse zu schaffen. (Lebhafter Beifall links.)

Kultusminister v. Puttkamer: Der Vorredner hat aus dem § 2 des Gesetzes betreffend die geistlichen Orden gefolgert, daß die Minister des Innern und des Kultus das Recht hätten, den mit Krankenpflege sich beschäftigenden Orden generell die Aufnahme neuer Mitglieder zu gestatten. Das muß ich verneinen. Es ist die Absicht des Gesetzes gewesen, die Aufnahme jedes einzelnen neuen Mitgliedes von der ministeriellen Genehmigung abhängig zu machen. (Abg. Windthorst: Nein!) Wenn man den Zweck des Gesetzes, eine wirksame Kontrolle zu üben, überhaupt billigt, kann man ihm einen anderen Sinn nicht unterlegen. Was den in Oberschlesien herrschenden Lehrermangel betrifft, so ist die Zahl der vakanten Stellen nicht 350, sondern nur 250. Schon seit Jahren ist die Verwaltung bemüht gewesen, diesem Mißstande abzuhelfen; in Schlesien sind vier provisorische katholische Schullehrer-Seminare gegründet. Was die Verhältnisse der Grundbesitzer zu den Elementarischen angeht, so bin ich im Augenblicke nicht mit altemännigem Material versehen; aber ich kann mittheilen, daß nach dem katholischen Schulreglement von 1801 den Gutsbesitzern den katholischen Elementarischen gegenüber eine sehr weit gehende Unterhaltungspflicht obliegt; ein Landtagsabschied von 1829 hat diese Verpflichtung auch auf die evangelischen Elementarschulen ausgedehnt. Durch rechtskräftiges Erkenntniß des Obertribunals ist aber diese Verpflichtung der Grundbesitzer den evangelischen Schulen gegenüber als nicht bestehend anerkannt worden. Uebrigens will ich zur Steuer der Wahrheit hinzufügen, daß die fürstlich Pleß'sche Verwaltung dem Vorredner wahrscheinlich eine lange Liste der Prästationen vorlegen könnte, welche für die Schule gemacht werden. Was den Unterricht in der deutschen Sprache angeht, so erkläre ich, daß ich mir keine preussische Unterrichtsverwaltung denken kann, welche nicht dafür sorgt, daß jedes Schulkind die deutsche Sprache ausgiebig und vollständig erlernt. (Beifall.)

Finanzminister Bitter: Der Abg. Birchow hat angedeutet, daß die Eisenbahnlinie Oppeln-Neiße lediglich im Interesse von Privatpersonen gebaut werden solle. Diese Voraussetzung ist absolut un begründet; die Linie, um die es sich handelt, ist im Provinzialauschuß und auf der Konferenz in Oppeln als eine dringend wünschenswerthe erkannt worden, weil sie durch die armen Distrikte des Kreises Oppeln geht.

Abg. Loewe (Berlin) tritt als Gegner der Vorlage auf, natürlich nur in einem enge beschränkten Sinn, denn in der Hauptsache ist er nicht nur kein Gegner der Vorlage, sondern er beklagt es, daß sie nicht schon sehr viel früher eingebracht ist. Der Minister hat die An-lage der Eisenbahn Oppeln-Neiße damit motivirt, daß der Provinzial-auschuß sie für nöthig halte. Im Provinzialauschuß aber sitzen hauptsächlich die dabei interessirten Herren. Ich hoffe, der Minister wird in der dritten Lesung genaue Auskunft darüber geben, welche Kreise unter den Nothstand fallen, dem allein durch dieses Gesetz abgeholfen werden soll. Es scheint, daß neben der im Reich herrschenden Interessenpolitik eine Landespolitik gehen soll, welche bei dieser so be-trübenden Gelegenheit wieder nur den Zweck verfolgen soll, gewissen interessirten Kreisen unter die Arme zu greifen. Die Kornzölle haben schon im vorigen Quartal die Preise erhöht, da die Spekulation damit rechnete. Der Nothstand herrscht nur in den agrarischen Kreisen; darum müßte die Regierung für das Aufblühen der Industrie in geeig- neter Weise sorgen. Dazu gehört, daß man ihr große Exportwege schafft: das geht aber nicht, wenn man an den Grenzen Schlagbäume für den Import aufstellt. (Sehr richtig! links. Gelächter rechts.) Das ist so selbstverständlich, daß, wenn Sie es leugnen, Sie sich selbst das Zeugniß Ihrer Qualifikation ausstellen. Der Minister hat sich die Aufgabe nicht schwer gemacht, wenn bloß Licht durch die Maschen des vom Wucher gezogenen Netzes dringen soll. So wichtig aber wie es ist, daß die Regierung in geeigneter Weise dem Uebel des Wuchers abhelfe, so muß sie vor Allem darauf hinwirken, daß die wirtschaftlichen Maßregeln eintreten, bevor die Nothstände wieder zu einer so unheilvollen Höhe anschwellen. Seitdem die sozialdemokratischen Agitationen nicht mehr die Hefe des Volkes aufreigen, hat man auf andere Weise für Belustigung und An-regung des Sanbages gesorgt; ich habe aber nicht geglaubt, daß diese Bestrebungen, wenn auch nur in Zwischenbemerkungen auf die Tribüne des Hauses gebracht würden. Der Abg. von Stabrowski hat davon gesprochen, daß die jüdischen Schänker zur Vergiftung des Volkes bei-tragen. Nicht der Charakter der Juden als Schänker macht die Demo-nstration, sondern der Charakter der Schänker als eigentlicher Punkt des Hauptinteresses für die wirtschaftliche Ausnutzung des großen Besi- zes. Jude und Christ werden als Schänker in gleichem Maße für den Abfall des Schmapies sorgen. Ich behauere, daß ein Bruchtheil der Deutschen jüdischer Konfession in diese Verhältnisse gedrängt ist durch die Taktik ihrer Vorfahren; aber werden dadurch, daß Sie die Einzelnen für die Schäden verantwortlich machen, die Schäden gehei- fert werden, oder denken Sie, daß es für jüdische Kapitalisten ver-löblich ist, die vielleicht bereit wären, ihre Kapitalien in die Industrie-bezirke Oberschlesiens hineinzuworfen? Ich befrage dies umso mehr, als ich, in einer katholischen Umgebung aufgewachsen, niemals früher geahnt habe, daß der Unterschied der Konfessionen mißbraucht werden könne. (Unruhe rechts.) Ich habe dem Centrum gegenüber nicht eine feindliche Stellung im Kulturkampf eingenommen und es ihm hoch an-gerechnet, daß es bei jeder Gelegenheit seine heiligsten Güter verthei-digt hat. Ich halte es für unter der Würde dieses Hauses, wenn ein Mitglied sich ein Späßen machen zu können glaubt mit Dingen, die uns heilig sind. Der Abgeordnete, auf dessen Berufstätigkeit hier neulich angespielt wurde, hat sich durch das, was er in Bezug auf das Judenthum sagte, und was seine sonstige Meinung über konfessionelle Schulen nicht sehr unterfüßt, weit mehr geschadet, als jede Anspielung auf sein bürgerliches Gewerbe im Stande wäre. Ich muß solche Be-merkungen hier zurückweisen, weil es scheint, als wolle sich im Hause die Gemohnheit einbürgern, auf die Juden zu schimpfen (Große Un-ruhe rechts), ich meine zu sühnen. Wir wünschen, daß durch die Vor-lage dem Nothstande abgeholfen werden möge. (Beifall links, Zischen rechts.)

Minister Graf Cullenburg: Der Vorredner hat sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Vorlage so spät eingebracht worden ist; eine Motivirung hat er nicht beigebracht und es würde ihm auch wohl schwer werden, zu beweisen, daß damit etwas versäumt worden ist. Ein sofortiges unvorberitetes Eingreifen des Staates hätte einer-seits die eigene Thätigkeit und Widerstandskraft in unerwünschter Weise lahm gelegt. Die Regierung war rechtzeitig von allen Besorg-nissen unterrichtet und hat die rechtzeitige Beschaffung von Kartoffeln erwogen und den Provinzialbehörden zur Erwdgung anheimgegeben. Die letzteren meinten jedoch, dazu liege kein Bedürfnis vor, die Kar-toffeln könnten aus der Nähe beschafft werden.

Freiherr v. Saurma-Kuppersdorf führt unter großem

Lärm des Hauses, der ihn stellenweise gänzlich unverständlich macht, aus, daß die Regierung vollständig rechtzeitig Hilfe gebracht habe. Die Zufuhr von Kartoffeln sei des Frostes halber nicht früher möglich ge-wesen. Auch werde eine Art von Nothstandschwindel getrieben, der sich namentlich dadurch funde, daß zur Zeit ganz Niederschlesien von Bagabunden gereinigt sei, welche also in Oberschlesien für die Firma „Nothstand“ reisen. Er, der nicht die zweifelhafte Ehre habe, Oberschlesien zu sein (Lärm) — er sei vielmehr ein gewöhnlicher Schle-sier (großer Jubel) — könne das altemännig erheben. Die Anföh-rungen mehrerer Redner über den lächerlich geringen Verdienst von 2-4 Sgr. per Tag könne er die buchmäßige Versicherung entgegen- stellen, daß der Verdienst bis zu 22 Sgr. gestiegen sei. 2-4 Sgr. Verdienst könne höchstens ein Kind oder eine Frau bezogen haben, und dazu kämen noch die Benefizien freier Wohnung und Heizung und ein gewisser Prozentsatz an Getreide und sonstige Nutzungen.

Abg. Schröder-Lippstadt nimmt zunächst den Abg. von Stabrowski gegen die Bemerkungen Loewe's über das Judenthum in Schutz, indem er dessen persönliche Stimmung und Toleranz hervor-hebt. Dem Kultusminister gegenüber hätte er gewünscht, daß derselbe Birchow's wohlwollender Interpretation des § 2 sich angegeschlossen hätte. Redner vertheidigt sodann die Oberschlesier gegen die verschie-denen, ihnen gemachten Vorwürfe und macht Vorschläge zur Hebung des Wohlstandes der Provinz im Allgemeinen. Erst müsse man den materiellen Nothstand heben, dann könne erst von einer Hebung der Intelligenz die Rede sein. Ersteres sei hauptsächlich auch durch eine bessere Separation zu erreichen. Die Generalkommissionen würden lei-der jetzt als eine im Aussterben begriffene Institution behandelt und vielfach angegriffen, weshalb sich ihrer ein gewisser Marasmus bemäch-tigt habe. Auch sei es sehr zu bedauern, daß auch der landwirthschaft-liche Minister jedem politischen Windhauche weichen müsse.

Die Diskussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt Abg. von Stabrowski, daß er in seinen Auslassungen dem Abg. Loewe keine Veranlassung zu seinen Aeußerungen gegeben zu haben glaube. Abg. Loewe entgegnet, daß er nur dem habe vorbeugen wollen, daß hier im Hause dieselbe Art einreife, die leider draußen vielfach in Uebung sei, nicht zu sagen: „Der schlechte Kerl hat es gethan“, sondern: „Der Jude hat es gethan.“

Die Vorlage wird darauf der Budgetkommission überwiesen. Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Erste Lesung der Verwaltungs Gesetze.)

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 12. Januar. [Zur Debatte über die „Posener Ztg.“ Die Revision. Die Ge-bäudesteuer-Veranlagung.] Mit Bezug auf die Debatte des Abgeordnetenhauses wegen der gegen die „Posener Zeitung“ verfügten Entziehung amtlicher Inserate glaubt die „Post“ Herrn Ricker daran erinnern zu sollen, daß im Jahre 1872 hier in Berlin die „Spener'sche Ztg.“ aus dem Besi-ze der Dr. Spiker'schen Erben in die Hände eines Konfor-tiums übergegangen sei, welches dieses alte konservative Blatt sofort in das Fahrwasser der nationalliberalen Partei leitete. „Die alten Abonnenten der „Spener'schen Zeitung“, sagt die „Post“, „waren ihrer politischen Gesinnung nach alles Mögliche, nur nicht nationalliberal, und doch wurde ihnen auch mitten im Quartal der politische Umschwung zugemuthet. Allerdings erfolgte derselbe von rechts nach links, in Posen dagegen von links nach rechts. Sollte Herr Ricker auf diese Bemerkungen vielleicht antworten: Ja Bauer, das ist ganz was anders?“ — Wir wissen nicht, was Herr Ricker auf diesen Vorhalt antwortet, aber er könnte mit v o l l e m R e c h t e erwidern: „Ja, Bauer, das ist ganz was anders.“ Denn abgesehen davon, daß bei dem Posener Falle das Eingreifen der Regierung die Hauptsache ist, wozu es in dem Falle der „Spener'schen Ztg.“ an jeder Analogie fehlt, so wurde den Abonnenten dieses Blattes damals durch den Verkauf deselben und durch die Redaktions-Veränderung nur eine über-aus geringfügige Wankung in der Tendenz ihrer täg-lichen Lektüre auferlegt. Die „Spener'sche Ztg.“ war entschieden national und in den inneren Fragen altliberal, bevor sie ver-kauft wurde; sie ward unter Dr. Wehrenpfennig's Leitung national-liberal im Sinne des rechten Flügels dieser Partei, und es dürfte schwer halten, zwischen diesen beiden politischen Nüancen einen erheblichen Unterschied aufzufinden. Dagegen eine Schwankung von der Fortschritts- zur konservativen Partei — ja das ist wirklich „ganz was anders.“ — Die dem Landtage vorgelegte Denkschrift über die Revision der Gebäudesteuer-Veranlagung enthält mancherlei interessantes Material. Ihre Tendenz ist, die Klagen zu wider-legen, welche über die vielfach eingetretenen Erhöhungen laut ge-worden sind; ob dies gelungen ist, wird sich erst beurtheilen lassen, wenn bei der Verhandlung im Hause über die Denkschrift auch die Einwendungen der Interessenten gewürdigt werden können. Die Erhöhung gegen 1865 beträgt bekanntlich rund 6,600,000 M. Um zu beweisen, daß dieses Plus nicht durch tendenziöse Veranlagung erzielt worden, wird sehr eingehend, unter Mittheilung der an die Behörden erlassenen Vor-schriften, dargelegt, daß dabei lediglich nach den Be-stimmungen des Gebäudesteuer-Gesetzes über die alle 15 Jahre vorzunehmende Revision verfahren worden. Außerdem wird durch Zahlen dargethan, daß die Ausgleichung der durch die Veranlagungen der einzelnen Bezirke entstandenen Ungleichheiten überwiegend durch Ermäßigungen erfolgt sei. Im Ganzen hat in 9 Bezirken eine Erhöhung der Einschätzung der Kommissionen seitens der Regierung um 40,000 M., dagegen in 15 Bezirken eine Ermäßigung um 197,000 M. stattgefunden. Interessant ist, in welchem Umfange die Revision der Veranlagung Steuer-kontraventionen ans Licht gebracht hat, die während der Periode von 1865 bis 1880 dadurch stattgefunden, daß Neubauten, Un-richtige Veränderungen etc. nicht angemeldet worden. Es sind fast 24,000 Fälle mit einer Jahressteuer von 92,000 M., einer zu entrich-tenden Nachsteuer von 283,000 M. und einer gesetzlichen Strafsomme von 569,000 Mark. Die letztere soll in der Annahme, daß die Kontraventionen meistens auf Unkenntniß des Gesetzes zurückzu-führen seien, erlassen werden, sofern die Nachsteuer freiwillig ge-zahlt wird. Was den Prozentsatz der eintretenden Steuer-Erhöbung betrifft, so ist er am niedrigsten in der Provinz Brandenburg ohne Berlin mit 21, am höchsten in der Rhein-provinz mit 45 Prozent; Posen nimmt mit 28 Prozent die fünfte Stelle ein. Auf den Kopf der Bevölkerung trifft von Wohngebäuden in den Städten, nach Provinzen

verglichen, am meisten in Berlin, nämlich 488 Pfg., am wenigstens in der Provinz Posen, nämlich 126 Pfg. Vergleicht man die Städte nicht nach Provinzen, sondern einzeln, dann hat den höchsten Betrag an Gebäudesteuer pro Kopf Frankfurt a. M., nämlich 535 Pfg., dann, also an zweiter Stelle, kommt erst Berlin. Auf dem platten Lande ergiebt sich an Gebäudesteuer von Wohngebäuden am meisten in der Provinz Schleswig-Holstein, nämlich 64 Pf., am wenigsten in der Provinz Posen, nämlich 26 Pf. — Durch das Revisionsverfahren ist als allgemeine Regel konstatiert worden, daß während der Jahre 1868 bis 1877, deren Miethen für die Feststellung der Gebäudewerthe maßgebend sind, bis über die Mitte dieser Zeitperiode hinaus eine aufsteigende Bewegung der Miethspreise stattgefunden hat, an deren Stelle dann nach einem kurzen Stillstande meistens eine rückläufige Bewegung getreten ist, die jedoch den niedrigen Stand der Miethen am Anfange der Periode selbst heute noch nicht wieder erreicht hat. Die niedrigen Miethen aus der ersten Periode sind für die Bildung des Mittels in dem Maße von überwiegendem Einflusse gewesen, daß die durch die Gebäudesteuer-Revision festgestellten Gebäudewerthe im Allgemeinen nicht allein hinter den Miethen aus 1877, dem letzten Jahre jener Periode, sondern selbst noch hinter den heutigen Miethen, und zwar oft in namhaftem Maße zurückbleiben.

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 13. Januar.

1. Die Gläubiger der polnischen Genossenschaft „M“, über deren Vermögen befanntlich der Konkurs eröffnet worden ist, hatten gestern im alten Gerichtsgebäude zu einer Sitzung unter dem Vorsitz des Kreisrichters Dr. Traumann versammelt. Zuerst erriethete der Verwalter der Konkursmasse, königl. Auctionskommissarius Manheimer, Bericht über seine bisherige Thätigkeit und über die Lage des „M“. Als Ursache des Verfalls dieser Genossenschaft bezeichnete derselbe insbesondere den Mangel an dem erforderlichen Betriebskapital, den Ankauf von zwei Grundstücken zu einer Zeit, wo die Grundstücke hoch im Preise standen etc. Nach der gegenwärtigen Bilanz ergebe sich für die Gläubiger nur eine Abfindung von 20% Prozent; doch können sie sich wegen ihrer Verluste nach dem Genossenschaftsgesetze an die einzelnen Mitglieder des Vereins halten. Die Versammlung befähigte einstimmig Herrn Manheimer als Verwalter der Konkursmasse, und nahm von der Wahl einer Kommission der Gläubiger Abstand. Ferner wurde beschlossen, die Grundstücke auf dem Wege der freiwilligen Liquidation, und zwar binnen drei Monaten, zu verkaufen, event. schließlich zur Substation zu schreiben.

2. Besizeränderung. Das Vorwerk Piotrowo (im Kreise Samter), bisher Herrn Janich gehörig, ist in der Substation von Herrn Weidner für 57,000 M. erstanden worden.

3. In der Warthe hat sich das Eis von der Badegasse aufwärts bis gegen Zubau hin fest gestaut, indem die Eisschollen, welche noch eine Stärke bis neun Zoll haben, sich auf den Kopf gestellt haben und bis auf den Grund hin festliegen. In Folge dieser Eisverwehung, welche auch den Wasserabfluß hemmt, steht auch auf der Schwabstraße das Wasser seit Sonntag noch 2 bis 3 Fuß hoch. Am Wallfischbrücken-Pegel ist seit gestern das Wasser langsam gefallen.

4. Schneidemühl, 9. Januar. [Gewerbe-Ausstellung. Wohlthätigkeits-Vorstellung. Gesangsfest. Befestigte Pfarrstelle. Körperverletzung.] Gestern Abend traten viele hiesige Gewerbetreibende und Industrielle in dem Koslowsky'schen Lokale zusammen, um über die Beteiligung an der in Bromberg stattfindenden diesjährigen Gewerbeausstellung zu berathen. Von den Erschienenen sagten allein 18 zu, dieselben mit ihrem Erzeugnisse zu besichtigen. Unter denselben befinden sich ein Buchdruckermeister, mehrere Schlosser, Tischler, ein Eisenfabrikant, ein Seilermeister, ein Brückenwaagenfabrikant, Schuhmacher, ein Mühlenbesitzer. Auch von den Großindustriellen haben einige zugehört, wie die Maschinenbauanstalt von Gruse, die Knochenmehl- und Dachpappfabrik von Schneider etc. Nachdem auch über die mit der Ausstellung verbundenen Ausgaben gesprochen worden war, kam man dahin überein, zu einer Kollektivausstellung zusammenzutreten. Es wurde darauf zu diesem Zwecke ein Komitee, bestehend aus 5 Mitgliedern, gewählt mit dem gleichzeitigen Auftrage, auch noch in weiteren Kreisen zur Besichtigung der Ausstellung anzuregen. — Es haben sich hieselbst mehrere Personen vereinigt, behufs Vorbereitung einer Theatervorstellung zum Besten der Nothleidenden in Oberschlesien. Auch der Verein „Concordia“ beabsichtigt eine solche Vorstellung zu veranstalten. — Das diesjährige Gesangsfest des Bromberger Sängerbundes sollte wie früher beschlossene war, in Thorn gefeiert werden. Da aber der Thorer Sängerverein das Ausrufen abgelehnt hat, so wurde kürzlich bei dem hiesigen Männergesangsverein angefragt, doch auch dieser hat sich ablehnend verhalten. — Die erledigte Pfarrstelle an der evangelischen Kirche zu St. Crone ist von dem königl. Konsistorium dem bisherigen Provinzialvikar Heinrich Friedrich Weber verliehen worden. — Kürzlich wurden dem Maschinenbauer Schlegel auf dem Gehöfte der Wittne Schaler hieselbst von zwei Persönlichkeiten ohne alle Veranlassung mittelst einer Kartoffelbude mehrere sehr schwere Verlesungen am Kopfe beigebracht, von denen die eine sehr gefährlich ist. Die Thäter sind zur Verantwortung gezogen.

## Telegraphische Nachrichten.

Speyer, 12. Jan. Der Domkapitular Mositor ist in der vergangenen Nacht gestorben.

Wien, 12. Januar. Der ungarische Delegationsauschuß für die auswärtigen Angelegenheiten nahm das Budget des Ministeriums des Auswärtigen unverändert an. Der Vertreter der Regierung, Sektionschef Baron v. Kallay, erklärte, daß die Aufhebung der österr.-ungarischen Konsulate in Bosnien und der Herzegovina demnächst zu erwarten sei. — Der Marineauschuß votirte das Budget des Marineministeriums mit Abstrichen im Gesamtbetrag von 688,000 Fl. — Der Heeresauschuß nahm bis auf drei noch schwebende Titel das Ordinarium des Budgets des Kriegsministeriums unverändert an. Der Kriegsminister legte einen detaillirten Ausweis der administrativen Maßnahmen vor, durch welche eine Ersparnis von 2 Millionen Fl. zu erreichen hofft.

Pa, 12. Januar. Gestern Abend versammelten sich etwa 200 Studenten und Arbeiter vor dem National-Kasino, um gegen dasselbe zu demonstrieren. Der Oberstadthauptmann requirirte eine Kompanie Soldaten, welche jedoch nicht zum Einschreiten kam, da sie die Menge auf gütliches Zureden der Abgeordneten Szalay und Hermann wieder zerstreute.

Rom, 11. Januar. Der König empfing heute den österreichischen Botschafter Grafen Wimpffen, welcher sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Der König gab hierbei der Zuversicht Ausdruck, daß der Botschafter zur Erhaltung der guten Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn beitragen werde. Graf Wimpffen erkundigte sich Namens der kaiserlichen Familie nach dem Befinden der Königin und erhielt sehr befriedigende Auskunft.

Rom, 12. Januar. In der heutigen Sitzung des Senats wurde seitens des Zentralbureaus hinsichtlich der Maßsteuerordnung folgende Tagesordnung beantragt: Wirksame Maßregeln erwartend, welche eine graduelle Abschaffung der Maßsteuer ohne Gefährdung der Finanzen gestatten, suspendirt der Senat alle Beratungen der Vorlage wegen Aufhebung der Maßsteuer und geht zur Tagesordnung über. — Morgen Fortsetzung der Debatte. — Der Senatspräsident theilte die Ernennung des Marineministers Acton zum Senat mit.

Neapel, 12. Jan. Das schwedische Expeditionsschiff „Vega“ wird hier Ende dieses Monats erwartet. Demselben wird ein feierlicher Empfang bereitet werden, an welchem sich sämtliche Vertretungen der hiesigen wissenschaftlichen, politischen und merkantilen Gesellschaften beteiligen werden. Die Offiziere des Schiffes werden von der königlichen Akademie der Wissenschaften zu einer in der Universität unter Beteiligung aller Professoren stattfindenden Festsitzung eingeladen worden.

Marseille, 11. Januar. In einer heute hier stattgehaltenen Versammlung von 1500 Besitzern türkischer Schulobligationen theilte der Senator Baragnon aus einer mit dem früheren Minister Waddington gehaltenen Unterredung die Erklärung desselben mit, daß das letzte Uebereinkommen zwischen der Pforte und den Bankiers keineswegs den bei der türkischen Anleihe engagirten Interessen Rechnung zu tragen schein. Der französische Botschafter Fournier habe nach erhaltener Mittheilung von der betreffenden Vereinbarung sich dahin geäußert, daß für Frankreichs Auffassung über die Letztere das 18. Protokoll des Berliner Vertrages maßgebend sei. Die französische Regierung, fügte Baragnon hinzu, gedenke sich auf die obigen Erklärungen zu beziehen, wenn er deshalb im Senate interpellirt werden sollte. Die Versammlung beschloß, an die Regierung das Ersuchen zu richten, das gedachte türkische Uebereinkommen nicht anzuerkennen, und die Ernennung einer internationalen Kommission nach Maßgabe des Berliner Vertrages zu beantragen.

Wien, 12. Januar. Meldungen der „Polit. Korresp.“ aus Konstantinopel: Das Gerücht von einem förmlichen Bruch zwischen der Pforte und Griechenland in der Grenzfrage ist unbegründet, jedoch ist die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zweifelhaft. — Die von den Bulgaren in Philippopol gewaltsam in Besitz genommene griechische Patriarchatskirche ist der dortigen griechischen Gemeinde wieder übergeben worden. — Die montenegrinische Regierung weigert sich, Kommissäre zur Entgegennahme der Konzeptionsurkunde über das abzutretende Gebiet zu ernennen und verlangt zuvor Entwaffnung der Bevölkerung von Gussinje und Zurückbeförderung der zahlreichen nach Gussinje gekommenen Albanesen.

Plymouth, 12. Jan. Der Hamburger Postdampfer „Herder“ ist hier angekommen.

Southampton, 12. Jan. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Hannover“ ist hier eingetroffen.

Chicago, 11. Jan. Hier sind 16 Millionen Bushels Getreide angekauft, die noch schwimmenden Ladungen betragen 1 Million Bushels. Die Anhäufung ist durch anhaltende Ankäufe seitens des Syndikates hervorgerufen, welche die Preise auf einem Punkt forcirten, an welchem die Verschiffungen sich nicht rentirten.

Verantwortl. Redakteur: J. B. Dr. jur. Paul Hörner in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1880.

Datum.	Stunde.	Barometer 260 über der Dittke.	Therm nach Celsius.	Wind.	Wolkenform.
12. Jan.	Nachm. 2 28"	5"44	+ 0°6	W	2- bedeckt Ni
12. "	Abnds. 10 28"	4"62	+ 0°5	W	2-3 bedeckt Ni
13. "	Morgs. 6 28"	3"67	- 0°1	W	1- bedeckt Schnee

### Wasserstand der Warthe.

Posen, am 11. Januar Mittags 2,60 Meter.  
" " 12. " " 2,76 "

### Wetterbericht vom 12. Januar, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a 0 Gr. nach Meeresniv. red. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
Aberdeen	777,7	SW leicht	wolfig	2,2
Kopenhagen	777,4	W leicht	bedeckt	0,2
Stockholm	773,3	W leicht	halb bed.	- 3,6
Saparanda	761,4	W leicht	bedeckt	- 1,2
Petersburg	771,0	SW leicht	bedeckt	- 8,0
Moskau	775,8	N still	bedeckt	- 13,9
Sort	773,9	SO frisch	wolfig	5,6
Brest	773,0	SO schwach	bedeckt	0,7
Gelder	773,1	D still	heiter	- 1,5
Sylt	779,7	still	Dunst	2,2
Gamburg	780,0	WSW still	Nebel	- 0,4
Swinemünde	778,4	W still	bedeckt	1,1
Neufahrwasser	777,1	WSW schwach	Dunst	0,5
Memel	774,0	WS still	bedeckt	1,0
Paris	776,1	NO still	wolkenlos	- 4,3
Krefeld	fehlt			
Karlsruhe	777,2	NO leicht	wolkenlos	- 4,2
Wiesbaden	778,3	NO leicht	wolkenlos	- 1,8
Rassel	777,9	D still	bedeckt	- 1,8
München	776,0	NO mäßig	wolkenlos	- 9,1
Leipzig	781,2	still	Nebel	- 1,2
Berlin	778,9	W schwach	bedeckt	0,0
Wien	778,0	WS leicht	bedeckt	- 1,6
Breslau	778,8	WS leicht	bedeckt	- 0,9

1) Seegang mäßig. 2) Seegang leicht. 3) Seegang leicht. 4) Nachts Schnee. 5) Vorher Schneeflocken.

### Uebersicht der Witterung.

Außer im hohen Norden, wo das Barometer stark gefallen ist, hat sich die Luftdruck-Vertheilung wenig geändert. Bei sehr schwacher Luftbewegung herrscht über Nordwest-Zentral-Europa wolkenloses, auf dem übrigen Gebiete dagegen trübes, vielfach nebligtes Wetter. In der Küste ist die Temperatur meist etwas gestiegen, dagegen im Binnenlande, insbesondere am Fuße der Alpen hat der Frost noch zugenommen. Wiza: Nordost, leicht, wolfig, Plus 6 Grad.

Deutsche Seewarte.

### Telegraphische Börsenberichte.

#### Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 12. Januar. (Schluß-Course.) Schwach. Lond. Wechsel 20,347. Pariser do. 80,72. Wiener do. 172,75. R.-M.-St. A. 143. Rheinische do. 152. Hess. Ludwigsb. 89. R.-M.-Pr.-Anth. 133. Reichsanl. 97. Reichsbank 152. Darmst. 142. Meiningen B. 94. Ost.-ung. Bf. 723,00. Kreditaktien\*) 256. Silberrente 61. Papierrente 60. Goldrente 71. Ung. Goldrente 84. 1860er Loose 126. 1864er Loose —. Ung. Staatsl. 201,50. do. Ost.-Dbl. II. 78. Böhm. Westbahn 185. Elisabethb. 163. Nordwestb. 140. Galizier 220. Franzosen\*) 234. Lombarden\*) 71. Italiener —. 1877er Russen 89. II. Orientanl. 59. Centr.-Pacific 108. Diskonto-Kommandit —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 255, Franzosen 234, Galizier 219, Ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe —, 1860er Loose —, Lombarden —.

\*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 12. Januar. Effekten-Societät. Kreditaktien 256, Franzosen 234, Lombarden —, 1860er Loose —, Galizier 219, österreich. Silberrente —, ungar. Goldrente —, II. Orientanleihe —, österr. Goldrente 71, III. Orientanleihe 59, Papierrente —, 1877er Russen —, Feil.

Wien, 12. Januar. (Schluß-Course.) Ziemlich fest, aber ruhig, schließlich Spekulationspapiere, Franzosen und Galizier abgeschwächt, Renten vernachlässigt.

Papierrente 70,00. Silberrente 71,10. Österr. Goldrente 82,65. Ungarische Goldrente 98,10. 1854er Loose 124,70. 1860er Loose 131,80. 1864er Loose 167,75. Kreditloose 176,00. Ungar. Prämienc. 109,80. Kreditaktien 289,10. Franzosen 271,50. Lombarden 84,50. Galizier 253,75. Kasch.-Oderb. 123,50. Pardubitzer 124,20. Nordwestbahn 162,00. Elisabethbahn 188,50. Nordbahn 234,50. Oesterreich-ungar. Bank 835,00. Türk. Loose 18,10. Unionbank 109,00. Anglo-Austr. 143,20. Wiener Bankverein 151,30. Ungar. Kredit 269,00. Deutsche Plätze 57,25. Londoner Wechsel 116,95. Pariser do. 46,40. Amsterdamer do. 96,80. Napoleons 9,34. Dufaten 5,51. Silber 100,00. Marknoten 57,87. Russische Banknoten 1,21.

Wien, 12. Januar. Abendbörse. Kreditaktien 288,40, Franzosen 271,75, Galizier 253,50, Anglo-Austr. 143,30, Lombarden 84,00, Papierrente 69,95, österreich. Goldrente —, ungar. Goldrente —, Marknoten 57,85, Napoleons 9,33, 1864er Loose —, österr.-ungar. Bank —, Matt.

Wien, 11. Januar. (Privatverkehr.) Kreditaktien 289,10, Franzosen 271,25, Galizier 255,25, Anglo-Austr. 143,40, Papierrente 70,02, österr. Goldrente 82,60, ungar. Goldrente 98,20, Marknoten 57,85, Napoleons 9,32, Lombarden —, 1864er Loose —, Spielwerthe, Renten, Staatsbahnen abgeschwächt; sonstige Bahnen begehrt.

Florenz, 12. Januar. 5 pSt. Italiensche Rente 90,12, Gold 22,50. Paris, 10. Januar. Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente 81,80, Anleihe von 1872 116,72, Italiener 80,00, österreich. Goldrente —, ungar. Goldrente 84, Türken —, Spanier ertér. —, Egypter 276,00, Banque otomane —, 1877er Russen —, Lombarden —, Türkenloose —, III. Orientanleihe —, Matt.

Paris, 12. Januar. (Schluß-Course.) Unbelebt. 3proz. amortisirt. Rente 83,35, 3proz. Rente 81,72, Anleihe de 1872 116,52, Italien 5proz. Rente 79,85, Österr. Goldrente 71, Ung. Goldrente 84, Russen de 1877 90, Franzosen 581,25, Lombardische Eisenbahn-Aktien 182,50, Lombard. Prioritäten 255,00, Türken de 1865 10,00.

Credit mobilier 662, Spanier ertér. 15, do. inter. 131, Suezkanal-Aktien 742, Banque ottomane 525, Societe generale 562, Credit foncier 1117, Egypter 279, Banque de Paris 863, Banque d'escompte 800, Banque hypothecaire 675, III. Orientanleihe 59, Türkenloose —, Londoner Wechsel 25,20.

London, 12. Januar. Consoles 97, Italien 5proz. Rente 79, Lombarden 71, 3proz. Lombarden alte —, 3proz. do. neue 10, 5proz. Russen de 1871 86, 5proz. Russen de 1872 85, 5proz. Russen de 1873 85, 5proz. Türken de 1865 9, 5proz. fundirt. Amerikaner 106, Österr. Silberrente —, do. Papierrente —, Ungar. Goldrente 83, Österr. Goldrente 70, Spanier 15, Egypter 55.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,55, Wien 11,90, Paris 25,42, Petersburg 24, Glasbifont 1 1/2 pSt.

### Marktpreise in Breslau am 12. Januar 1880.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.	guter				mittlere				geringe Waare			
	Höchst. M. Pf.	Nied. M. Pf.	Höchst. M. Pf.	Nied. M. Pf.	Höchst. M. Pf.	Nied. M. Pf.	Höchst. M. Pf.	Nied. M. Pf.				
Weizen, weißer	22 20	21 80	21 10	20 50	20 10	19 30	20 10	19 30				
Weizen, gelber	21 40	21 20	20 60	20 20	19 80	18 80	19 80	18 80				
Roggen,	17 30	17 —	16 70	16 40	16 20	15 80	16 20	15 80				
Gerste,	17 —	16 60	15 90	15 30	14 90	14 40	14 90	14 40				
Hafcr,	14 —	13 80	13 40	13 20	13 —	12 60	13 —	12 60				
Erbsen	19 50	18 80	17 70	17 30	16 50	15 70	16 50	15 70				

#### Pro 100 Kilogramm

	fein	mittel	ordinäre
Raps, Winterfrucht	22	75	21
Rüben, Winterfrucht	22	—	21
Rüben, Sommerfrucht	22	—	19
Dotter	22	—	19
Schlagleinfaat	25	50	23
Safranfaat	16	50	15

Kleefamen, stärker zugeführt, rother feiner Qualitäten preishaltend, per 50 Kgr. 40—45—50—53 Mark, weisse behauptet, per 50 Kgr. 48—57—68—77 M., hochfeiner über Notiz bezahlt.  
Rapsfuchen, behauptet, per 50 Kilogr. 6,50—6,70 M. fremde 6,10—6,30 M.  
Leinuchen, ohne Aenderung, per 50 Kilo 9,70—9,90 M.  
Lupinen, ohne Aenderung, per 100 Kgr. gelbe 7,80—8,40—8,90 M. blaue 7,60—8,20—8,60 M.  
Thymothee, mehr offerirt per 50 Kilgr. 19—22—26 M.  
Bohnen, in ruhiger Haltung per 100 Kgr. 19,50—21,00—22,00 M.  
Mais, in ruhiger Haltung per 100 Kgr. 13,30—13,80—14,60 M.  
Weizen, ohne Aenderung — per 100 Kilogr. 13,00—13,50—14,20 M.  
Kartoffeln: per Sacl (2 Neuschffel a 75 Kgr. Brutto = 150 Pfd.) beste 3,00—3,50—4,50 M. geringere 2,50—3,00 M., per Neuschffel (75 Pfd. Brutto) beste 1,50—1,75—2,25 M. geringere 1,25 bis 1,50 M. per 2 Str. 0,10—0,15 M.  
Heu: per 50 Kilogr. 2,60 bis 3,00 M.  
Stroh: per Schock 600 Kilogramm 20,00—22,00 M.  
Mehl: ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein 31—32 M., Roggen fein 27,00 bis 28,00 M., Hausbuden 26,00 bis 27,00 M., Roggen-Futtermehl 10,20—11,00 M., Weizenmehl 9,50 bis 10,00 M.

London 12. Januar. Savannazucker Nr. 12, 27. Fest. Liverpool, 12. Januar. Baumwolle (Anfangsbericht.) Nutzmäßigster Umsatz 10,000 Ballen. Unver. Tagesimport 2000 Ballen, amerikanische.

Liverpool, 12. Januar. Baumwolle. (Schlussbericht.) Umsatz 10,000 B., davon für Spekulation und Export 1000 B. Amerikaner ruhig, Surats fest. Middl. amerikanische Februar-März-Lieferung 7, März-April-Lieferung 7 1/2 d.

London, 12. Dezember. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Angekommene Weizenladungen stetig. Weizen 1 sh., Mehl 1/2-1 sh. Mais 1 sh. niedriger als vergangenen Montag, schwedischer Hafer 1/2 sh. theurer. Wetter: Kälter.

Newyork, 10. Januar. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12 1/2, do. in New-Orleans 12 1/2. Petroleum in Newyork 7 1/2. Do., do. in Philadelphia 7 1/2. Gd., rohes Petroleum 7 1/2. Do. Pipe line Certificats 1 D. 13 C. Mehl 6 D. 90 C. Rother Winterweizen 1 D. 53 C. Mais (old mixed) 60 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7 1/2. Kaffee (Rio-) 16 1/2. Schmalz (Marke Wilcox) 8 1/2. Do. Fairbanks 8 1/2. Speck (short clear) 7 1/2 C. Getreidefracht 4.

Newyork, 9. Januar. Baumwollen-Wochenbericht. Zufuhren in allen Unionshäfen 148,000 B. Ausfuhr nach Großbritannien 62,000 B. Ausfuhr nach dem Kontinent 23,000. Vorrath 911,000 B.

Produkten-Börse.

Berlin, 12. Januar. Wetter: Schneelust. Wind: NW. Weizen per 1000 Kilo loco 200-243 Mark nach Qualität gefordert gelber Märkischer - M. ab Bahn bez., per Januar - bez., per Jan. - Febr. - bez., per April-Mai 236-235 bez., per Mai-Juni 236-235 1/2 bez. per Juni-Juli - bez. Gefündigt - Rtr. Requ-

Berlin, 12. Januar. Der gestrige Privatverkehr war Anfangs fest, schloß aber unter starken Abgaben still und schwach. Bevorzugt waren die Stammprioritäten der Dortmunder Union, welche auch heute sofort in den Vordergrund des Geschäfts traten. Der Kurs derselben war Anfangs nominell, 111 und sprang sofort auf 114. Neue Gründe für diese Beförderung lagen nicht vor. Ueberhaupt ist augenblicklich fast nur die Thätigkeit einzelner Kaufkonfessionen für die Bewegungen der Kurse maßgebend; die Papiere, welche von denselben getrieben werden, steigen, während alle übrigen meistens vernachlässigt bleiben. Recht fest und beträchtlich höher waren auch Franzosen; Kreditaktien und Dis-

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 12. Januar 1880. Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Consol. Anleihe, Staats-Anleihe) and their corresponding prices in Mark and Schilling.

Table listing various bank notes and their exchange rates, including 'Souveraignes', 'Dollars', and 'Imperial'.

Table listing exchange rates for various locations and currencies, including 'Amsterd.', 'London', 'Paris', and 'Wien'.

Table titled 'Bank- u. Kredit-Aktien' listing various bank stocks and their prices.

Table titled 'Ausländische Fonds' listing foreign bonds and their prices.

Table titled 'Industrie-Aktien' listing industrial stocks and their prices.

Table titled '\* Wechsel-Course' listing exchange rates for various locations and currencies.

lirungspreis - M. - Pogggen per 1000 Kilo loco 171-180 M. nach Qualität gef. Russl. 172 ab Bahn bezahl., inländischer 176-178 M. ab Bahn bez., Feiner - M. ab Bahn bez., per Januar 172 1/2 bez. B., 171 Gd., per Januar-Februar 172 1/2 bez. B., 172 Gd., per Februar-März 172 1/2 bez., per April-Mai 175 1/2-174 1/2 bez. Gd., 175 Br., per Mai-Juni 174 1/2-174 bez. B., per Juni-Juli - bez. Gef. 2000 Jtr. Regulir.-Pr. 171 1/2 M. bez. - Gerste per 1000 Kilo loco 137-200 nach Qualität gefordert. - Hafer per 1000 Kilo loco 135-157 nach Qualität gefordert, Russischer 138-143 bez., Pommerischer 147-150 bez., Ost- und Westpreussischer 138-145 bez., Schleßischer 147-150 bez., Böhmischer 147-150 bez. Galizischer - bez., per Januar - M., per April-Mai 150 1/2 Mark Br., per Mai-Juni 152 Mark bez. Gef. - Zentner. Regulirungspreis - bezahl. - Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 170-205 M., Futterwaare 157-168 Mark. - Mais per 1000 Kilo loco 146-153 bez. nach Qualität, Rumän. 152 1/2 ab Bahn bez., Amerik. 147 ab Bahn bez. - Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 32,50-30,00 M., 0: 30,00-29,00 M., 01: 29,00-27,00 M. - Roggenmehl incl. Sack, 0: 25,50-24,50 M., 01: 24,25-23,25 M., per Januar 24,10 bezahl., per Januar-Februar 24,10 Mark bez., per Febr.-März 24,20 bez., pr. März-April - bez., pr. April-Mai 24,45-24,40 bez., Mai-Juni do. Mark bezahl., Gefündigt - Zentner. Regulirungspreis - Mark bezahl. - Delsaat per 1000 Kilo Wintertraps 235 - 244 Mark, S.D. - bez., R.D. - bezahl., Winter-Rübsen 230-240 M., S.D. - bez., R.D. - bezahl. - Rüböl per 100 Kilo loco ohne Faß 54,0 M., flüssig - M., mit Faß 54,3 M., Januar 54,2 bezahl., Jan.-Febr. do. bez., per Februar-März - bez., per März-April - Mark bezahl., per April-Mai 55,8-55,7 Mark bez., per Mai-Juni 56,2 M. Gefündigt 500 Zentner. Regulirungspreis 54,5 M. bezahl. - Leinöl per 100 Kilo loco 66,0 M. - Petroleum per 100 Kilo

conto-Kommandit-Antheile zogen an, Laurahütte schwankte, Nordwestbahn, Galizier und deutsche Eisenbahnwerthe traten zurück. Auf den Bergwerks-Aktienmarkt wirkte ein Zirkular des Hörter Vortrages, nach welchem derselbe seine früheren Offerten erhöht befestigte. Fremde Anleihen und Renten lagen fest, jedoch still; russische Anleihen und Noten schwach. Gegen Baar gehandelte Aktien erschienen wenig beachtet. Eisenbahnaktien waren wenig verändert. Rumänier schwach; Stamm-Prioritäten recht fest. Bankaktien und Bergwerkspapiere wurden meistens besser bezahl., Industriewerthe fest. Anlagenerthe behaupteten sich gut; besonders fest waren deutsche Anleihen und Pfand-

Table titled 'Eisenbahn-Staats-Aktien' listing various railway stocks and their prices.

Table titled 'Eisenbahn-Staatsprioritäten' listing railway state priority bonds and their prices.

Table titled 'Rechte Oderuf. Bahn' listing various railway rights and their prices.

Table titled 'Oberschles. v. 1874' listing various railway bonds and their prices.

lofo 24,8 M. per Januar 24,2-24,3 bez., per Januar-Februar 24,2 bis 24,3 bez., per Februar-März 24,5 bez., per März-April - bez., per April-Mai 24,6 bezahl. Gefündigt 2100 Zentner. Regulirungspreis 24,3 bez. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Faß 60,0-60,2 bez., per Januar 59,5-59,8 bez., per Januar-Februar do. bez., per März-April - bez., per April-Mai 61,4-61,7-61,6 bezahl., per Mai-Juni 61,6-61,8 bezahl., per Juni-Juli 62,5-62,8-62,7 bez., per Juli-August 63,4-63,7-63,7 bez., per August-September 63,8 bis 64,0-63,9 bez. Gefündigt 40,000 Liter. Regulirungspreis 59,8 M. bez. (B. B. 3.)

Stettin, 12. Januar. (An der Börse.) Wetter: Trübe. + 2° R. Barom. 28,11. Wind: W. - Weizen niedriger, per 1000 Kilo loco gelber inländischer 215-227 M., weißer 215 bis 229 M., per Frühjahr 231-230 M. bez., 230,5 M. Br. u. Gd. - Roggen niedriger, per 1000 Kilo loco inländischer 164-168 M., Russischer 164 bis 167 M., per Frühjahr 169-167,5 M. bez., per Mai-Juni 169 bis 167,5 M. bez. - Gerste stille, per 1000 Kilo loco Brau-144-153 M., Futter- - M., Chevalier 165-170 M. - Hafer stille, per 1000 Kilo loco 132-142 M. - Erbsen ohne Sackel. - Wintertraps geschäftslos, per 1000 Kilo loco 215 bis 235 M., pr. April-Mai 250 M. Br., pr. September-Oktober 265 M. Br. - Wintertraps per 1000 Kilo loco 220-240 M. - Rüböl matter, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Kleinigkeiten, flüssiges 56,5 M. Br., per Januar 54,5 M. Br., per April-Mai 56 M. Br., pr. September-Oktober 58 M. Br. - Spiritus flau, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Faß 59,8 M. bez., per Januar-Februar 58,8 M. bez. u. Br., per Frühjahr 61,5-61,2 M. bez. u. Br., per Mai-Juni 62 M. bez. - Angemeldet: 10,000 Liter Spiritus. - Regulirungspreise: Rüböl 54,5 M., Spiritus 58,8 M. - Petroleum loco 8,2 M. tr. bez. Regulirungspreis 8,2 M. tr. (Dittie-3ta.)

briefe. Ausländische Eisenbahn-Obligationen belebt, österreichisch-ungarische fest. - Die feste Haltung übertrug sich auch auf die zweite Stunde; erst die letzte halbe Stunde brachte auf Gewinnnahmen eine Abschwächung. Per Ultimo notirte man Franzosen 470-3-471, Lombarden 144,50-5,50-145, Kreditaktien 514,50-5,50-2-512,50, Disconto-Kommandit-Antheile 189,25-90-88,50-188,60. Westfälische Union-Stamm-Prioritäten 102 bez. u. Gd. Posen-Kreuzburger Stammaktien 21,10 bez. u. Gd. Der Schluß war ziemlich fest.

Table titled 'Eisenbahn-Prioritäten-Obligationen' listing various railway priority bonds and their prices.

Table titled 'Eisenbahn-Prioritäten' listing various railway priority bonds and their prices.

Table titled 'Oberschles. v. 1874' listing various railway bonds and their prices.

Table titled 'Ausländische Prioritäten' listing various foreign priority bonds and their prices.